

## INHALT

1. Lehren aus A 20: CDU-Fraktion fordert Umstrukturierung der Planungsbehörde
2. CDU fordert nach erneuter A 20 Schlappe vor Gericht den Rücktritt des Verkehrsministers
3. CDU-Fraktion fordert zügige Umsetzung der Vereinbarungen bei der Integrationspolitik
4. Ministerin Heinold legt Nachtragshaushalt vor
5. Steigende Anzahl „freiwilliger Sitzenbleiber“ an Schleswig-Holsteins Schulen
6. SPD, Grüne und SSW stimmen gegen Initiative für Verkehrswegebeschleunigungsgesetz
7. CDU-Fraktion lehnt „Nachschlag“ für scheidenden HSH-Vorstandschef ab

15.04.2016

### **Lehren aus A 20: CDU-Fraktion fordert Umstrukturierung der Planungsbehörde Arp kündigt Antrag für kommende Landtagssitzung an**

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag macht weiter Druck auf Verkehrsminister Reinhard Meyer. An diesem Freitag kündigte Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp einen Antrag für die kommende Landtagssitzung an. Dieser fordert, dem Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr die Aufgabe der Neuplanung von Bundes- und Landesstraßen zu entziehen. „Die haben bewiesen, dass sie es nicht können“, begründete Arp den Antrag. 72 Bundesverkehrsprojekte seien bundesweit allein im vergangenen Jahr zum Abschluss gebracht worden – in Schleswig-Holstein nicht ein einziges. Er erinnerte an das Fledermausurteil 2013 und die Adlerhorstpanne im vergangenen Jahr. Hinzu kämen weitere Fehler unter anderem bei der A 21, A 23, der B 5.

„Diese hoffnungslos überforderte Behörde hätte schon lange neu aufgestellt werden müssen. Bislang haben Verkehrsminister Meyer und die Regierungsfaktionen sich unseren Initiativen immer verweigert. Nach dieser weiteren Schlappe ist die Realität hoffentlich auch bei ihnen angekommen“, erklärte Arp in Kiel.

Kern der Neuorganisation soll nach den Vorstellungen der CDU eine zu gründende Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden. Dadurch soll die Einstellung von Fachkräften wie Straßenbauingenieuren und -planern vereinfacht werden. Darüber hinaus sollen Schnittstellen

zur Einbeziehung der DEGES und weiterer externer privater Planungsdienstleister geschaffen werden. Das bestehende System soll unter Einbeziehung einer zu gründenden Bundesautobahngesellschaft, bei der die Planung, die Finanzierung und der Bau von Bundesautobahnen gebündelt werden, weiterentwickelt und optimiert werden.



Verkehrspolitischer Sprecher Hans-Jörn Arp

---

### **CDU fordert nach erneuter A 20 Schlappe vor Gericht den Rücktritt des Verkehrsministers Günther: „Das Maß ist jetzt endgültig voll!“**

„Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“. Mit diesem Motto hat Verkehrsminister Reinhard Meyer in seiner bislang knapp vierjährigen Amtszeit jede Forderung der CDU-Fraktion abgelehnt, Prozesse bei der Planung großer Bauvorhaben zu beschleunigen und die dafür zuständige Behörde besser aufzustellen. Nach dem „Fledermausurteil“ im Jahr 2013 hatte er angekündigt, aus dem Urteil die richtigen Lehren zu ziehen und wörtlich erklärt: „Noch eine Schlappe können wir uns nicht leisten.“

An diesem Mittwoch wurden vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erneut schwere Mängel in den Planungsunterlagen aufgedeckt. Unter anderem wurden Zahlen über die Belastung des Wassers mit Schadstoffen falsch übertragen. Nach dem Urteil kündigte Meyer an, Schlussfolgerungen für weitere Planungen von Infrastrukturprojekten zu ziehen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, forderte gegenüber mehreren Zeitungen den Rücktritt des Verkehrsministers: „Das Maß ist jetzt endgültig voll! Meyer hat alle konstruktiven Vorschläge der Opposition für einen schnelleren Autobahnbau in den Wind geschlagen, für die ersten drei Jahre Stillstand seinen Amtsvorgängern die Schuld in die Schuhe geschoben und für den vergessenen Adlerhorst auf der A20 seinen Grünen Amtskollegen Habeck zu Unrecht verantwortlich gemacht.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete Meyer als den „am meisten überschätzten Minister“ der Koalition aus SPD, Grünen und SSW. Dieser sei mit großen Vorschusslorbeeren als Minister für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr gestartet. Dass Albig Meyer nicht viel zutraut, sei deutlich geworden, als er den Bereich Wissenschaft bei der Kabinettsumbildung nicht Meyer, sondern vollkommen sachfremd dem Sozialministerium zuschlug. Gleichzeitig sei Meyer der zweite Staatssekretär genommen worden, um ihn einzig auf die Bereiche Wirtschaft und Verkehr zu beschränken. „Wirtschaftspolitische Impulse gehen von diesem Minister keine aus. Die Wirtschaftsverbände warten bis heute vergeblich auf das erste

mittelstandsfreundliche Gesetz", so Günther. Im Gegenteil werde die Wirtschaft mit Kosten in mehrfacher Millionenhöhe durch die von Meyer zu verantwortenden Auflagen belastet.



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

---

### **CDU-Fraktion fordert zügige Umsetzung der Vereinbarungen bei der Integrationspolitik Günther: Albig muss eine klare Position bei Wohnortzuweisung beziehen**



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Nachdem die Bundesregierung am Mittwoch dieser Woche neue Beschlüsse zur Integrationspolitik fasste, forderte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Daniel Günther, schnell Klarheit darüber, was von den Berliner Vereinbarungen in Sachen Integration mit den rot/grün regierten Bundesländern umsetzbar ist, und was nicht:

„Wir brauchen jetzt nicht nur ein zügiges Gesetzgebungsverfahren im Bundestag, sondern auch eine eindeutige Positionierung des Ministerpräsidenten- gerade im Blick auf die dringend notwendige Wohnortzuweisung.“

Auch der Landkreistag forderte den Bund auf, die Wohnortzuweisung zügig umzusetzen. Die Einigung in Berlin sei richtig, komme aber viel zu spät. Eine schnelle Umsetzung sei zwingend erforderlich, um Flüchtlinge gleichmäßig verteilen zu können und Parallelgesellschaften zu verhindern, sagte Präsident Reinhard Sager, CDU-Landrat in Ostholstein.

Jetzt müsse sich Albig positionieren, um die Vereinbarungen zügig umzusetzen, forderte

Günther. Eine Ablehnung der geplanten Wohnortzuweisungen durch die Landesregierung, wie sie die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben, am Donnerstag formulierte, würde einen weiteren Rückschlag für eine erfolgreiche Integration bedeuten.

Günther sagte dazu: „Ohne Wohnortzuweisung ist eine Ghattobildung zu befürchten. Dieses Gesetz hätte schon vor Monaten kommen müssen. Nach anfänglicher Blockade hat dies mittlerweile die SPD eingesehen. Es kann nicht länger sein, dass diese wichtige Regelung über die Regierungsbeteiligung in den Ländern allein an den Grünen scheitert. Hier müssen die SPD-Ministerpräsidenten für Vertragstreue sorgen.“

---

### **Ministerin Heinold legt Nachtragshaushalt vor** **CDU: Versäumnisse der Vergangenheit werden nicht im Ansatz geheilt**



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Am Dienstag dieser Woche stellte Finanzministerin Monika Heinold den Nachtragshaushalt 2016 vor. Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, bezeichnete diesen als Ablenkungsmanöver und kritisierte die Ministerin scharf.

Der Nachtragshaushalt diene nur dazu, um ein Jahr vor den Wahlen den Eindruck des Handelns zu erwecken, so Koch. „Damit werden die Versäumnisse der vergangenen Jahre nicht im Ansatz geheilt.“ Von Heinolds groß angekündigten Investitionsprogrammen blieben gerade einmal 40 Millionen Euro für 2016 übrig, was in der Konsequenz einen weiteren Investitionsstau bewirke.

Fakt sei: Trotz der Mehreinnahmen in Milliardenhöhe, lassen SPD, Grüne und SSW die Infrastruktur in Schleswig-Holstein und insbesondere die Straßen verrotten! „Im Vergleich zu 2012 haben sie zwei Milliarden Euro mehr in der Kasse. Heinold will 2016/17 allerdings gerade einmal die Hälfte dessen ausgeben, was für den Erhalt der Landesstraßen notwendig wäre.“ Und das, obwohl sie 2014 erklärt habe, dass in Zukunft einzig und alleine zähle, ob und wie schnell das Land beim Abbau der Infrastruktur-Sanierungsstaus vorankomme.

Darüber hinaus gäbe es Probleme bei der Finanzierung der Sanierung durch die Kommunen. Fünfzig Prozent der Investitionen übernimmt das Land, die andere Hälfte müssen diese selbst tragen:

„Wie sollen die Kommunen im laufenden Haushalt 50 Prozent Kofinanzierung auf die Beine stellen? Den CDU-Vorschlag, den Kommunen ihren Anteil der Finanzierung zu stunden, hat die Landesregierung nicht aufgegriffen. Ihr geht es um Schlagzeilen, nicht um kommunale

Krankenhäuser“, sagte Koch.

---

## Steigende Anzahl „freiwilliger Sitzenbleiber“ an Schleswig-Holsteins Schulen CDU-Fraktion fordert klare Regeln für Klassenwiederholungen



Bildungspolitikerin Heike Franzen

Laut des Berichtes der Lübecker Nachrichten „Für bessere Noten: immer mehr bleiben freiwillig sitzen“ von diesem Freitag ist die Zahl der Schüler, die auf Antrag der Eltern die Klasse freiwillig wiederholten, deutlich gestiegen. In den letzten fünf Jahren hat sich demnach die Zahl der „freiwilligen Rückversetzung“ allein an Gymnasien mehr als verdoppelt. Die Abschaffung des Sitzenbleibens sei politisch gewollt. Dadurch würden nicht nur Kosten gespart, sondern auch jeder Schüler ungeachtet seines Lernstandes bis zum Abschluss durchgewunken, wenn nicht die Eltern intervenierten.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, forderte als Konsequenz die Wiedereinführung klarer Regeln für die Klassenwiederholung.

„Die von SPD, Grünen und SSW betriebene Abschaffung des Sitzenbleibens schadet einmal mehr vor allem Kindern aus bildungsfernen Familien. Jetzt gilt das Recht des Stärkeren: wenn die Eltern sich kümmern, darf der Nachwuchs verpassten Unterrichtsstoff nachholen. Alle anderen werden mit durchgezogen. Die von der Regierung betriebene Gleichmacherei schafft damit das Gegenteil von Chancengleichheit“, sagte Franzen.

Deshalb sehe sich die CDU in ihren Forderungen nach klaren und für alle geltenden Regeln bestärkt. Dies allerdings gelte ebenfalls für die Empfehlung der Schulart/weiterführenden Schule.

„Die gleichmacherische Bildungspolitik von SPD, Grünen und SSW schafft nur Verunsicherung. In bildungsnahen Familien können die Eltern das noch auffangen. Wo die Eltern sich nicht kümmern können oder wollen, bleiben die Kinder zurück“, so Franzen.

Als besonders bemerkenswert bezeichnete Franzen, dass sich Schulen offenbar unter Duldung des Bildungsministeriums über das in der Gemeinschaftsschulverordnung festgelegte Verbot der Klassenwiederholungen hinweg setzen.

---

## **SPD, Grüne und SSW stimmen gegen Initiative für Verkehrswegebeschleunigungsgesetz Callsen: Wirtschaftliche Entwicklung wird ausgebremst**

In dieser Woche haben die Regierungsfractionen im Wirtschaftsausschuss dem Vorstoß von Verkehrsminister Reinhard Meyer für ein Verkehrswegebeschleunigungsgesetz endgültig eine Absage erteilt. Sie lehnten einen entsprechenden Antrag der FDP ab, den sie in den vergangenen Monaten immer wieder vertagt hatten. Meyer hatte im Dezember angekündigt, eine entsprechende bundesweite Initiative auf den Weg zu bringen.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion warf den Regierungsfractionen nach der Entscheidung vor, Straßen weiter langsam planen zu wollen. „Offenbar sind vor allem die Grünen im Land über die ständigen gerichtlichen Planungsstopps für Schleswig-Holsteins Straßen so begeistert, dass sie unbedingt an den bestehenden Strukturen festhalten wollen. Sonst hätten sie Meyer nicht derart auflaufen lassen“, erklärte Callsen in Kiel. Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins werde dadurch ebenso ausgebremst, wie jeder einzelne Autofahrer.



Johannes Callsen, finanzpolitischer Sprecher

---

## **CDU-Fraktion lehnt „Nachschlag“ für scheidenden HSH-Vorstandschef ab Koch: „Weder angemessen, noch gerechtfertigt“**

Laut eines Berichtes des Hamburger Abendblattes könnte der scheidende Vorstandsvorsitzende der HSH-Nordbank, Constantin von Oesterreich, einen „Nachschlag“ von bis zu 900.000 Euro erhalten. Von Oesterreich gibt auf eigenen Wunsch sein Amt vorzeitig auf. Sein Vertrag läuft jedoch noch bis Herbst 2017. Angeblich möchte er seine Bezüge bis dahin weiter bekommen. Die Bank und die zuständigen Behörden gaben in dem Artikel keine Stellungnahme ab.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, lehnte eine solche Nachzahlung entschieden ab und forderte am Donnerstag Aufklärung.

„Ich erwarte von Frau Heinold jetzt, dass sie die Abgeordneten des Landtages umgehend darüber aufklärt, inwieweit die Berichterstattung zutreffend ist und in welcher Höhe und auf welcher Grundlage Herr von Oesterreich die genannten Forderungen erhebt“, erklärte Koch.

Ein solcher „Nachschlag“ sei weder angemessen noch gerechtfertigt. Sollte die Berichterstattung stimmen, dann müssten die Noch-Anteilseigner Schleswig-Holstein und Hamburg von Oesterreich deutlich machen, dass sie seinen Forderungen nicht nachkommen

werden.

„Es kann doch nicht wahr sein, dass beide Länder die faulen Kredite und damit verbundene Risiken in Milliardenhöhe übernehmen, während der scheidende Vorstandsvorsitzende seine eigenen Kröten auf Kosten der Steuerzahler ins Trockene holt“, erklärte Koch.



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)